

Mit Erfolg gegen das Schulsystem

Eltern gewinnen vor Verwaltungsgericht

Behindertes Mädchen hat das Recht auf einen Platz an normaler Grundschule.

VON HELMUT FRANGENBERG

Das Urteil des Kölner Verwaltungsgerichts könnte weit reichende Folgen haben: Das magere Platzangebot für behinderte Kinder an Kölner Regelschulen darf kein Grund sein, Kinder gegen den Willen ihrer Eltern auf eine Förderschule zu schicken. Eltern von behinderten Kindern haben das Recht, die Förderung ihres Kindes auf einer „normalen“ Schule zu verlangen. Entscheidend ist das Wohl des Kindes, nicht das vorhandene Schulangebot der Stadt.

Die Eltern der siebenjährigen Karola hatten gegen das Schulamt für die Stadt Köln geklagt, das ihre Tochter einer Sonderschule für geistig Behinderte zuweisen wollte. Die Eltern wollten, dass das Mädchen nach dem Besuch eines integrativen Kindergartens auch in eine integrative Schule geht. Gutachter bestätigten die Chancen für eine positive Entwicklung, wenn das Kind in eine normale Grundschule gehen könnte. Schulamt und Bezirksregierung sahen das anders. Sie mussten sich im Urteil der Zehnten Kammer des Verwaltungsgerichts klare Worte gefallen lassen (Az.: 10 K 761/07). Die Bescheide der Behörden wurden aufgehoben. Das Mädchen mit Down-Syndrom wird mit nichtbehinderten Kindern zur Schule gehen. „Das Urteil wird den notwendigen Druck zur Veränderung des Schulsystems erhöhen“, sagt die Rechtsanwältin der Eltern, Anneliese Quack. Bislang würden Kinder nach dem Prinzip „Schublade auf, Kind rein“ aussortiert – „eine Maschinerie, die ein Programm abspult und aus der man kaum wieder

rauskommt“. Quack rät allen Eltern, sich dagegen zu wehren.

Wolfgang Tonner vom Kölner Schulamt räumt ein, dass das rechtskräftige Urteil „für etwas Schwierigkeiten und Kopfschmerzen“ Sorge. Man wolle das Verfahren zur Begutachtung der Kinder ändern. Zusätzliche Ressourcen für einen gemeinsamen Unterricht an Regelschulen könne das Schulamt als ausführende Behörde nicht schaffen. Das sei Sache der Stadt und des Landes. Die sehen sich einer durch das Urteil bestärkten Elterninitiative gegenüber, die mit vielen Argumenten

Urteil sorgt für Kopfschmerzen

WOLFGANG TONNER

„eine Schule für alle“ fordert. „Die integrative Schule ist ein Menschenrecht“, sagt Karolas Mutter Eva-Maria Thoms, die sich in der Initiative engagiert. Stadt und Land müssten sicherstellen, dass Eltern eine echte Schulwahl treffen können. Auf lange Sicht müssten alle Behinderte in der Regelschule unterrichtet werden können.

Kölns Schuldezernentin Agens Klein will eine Polarisierung im Streit um Sinn und Zweck des großen und teuren Förderschulsystems für Behinderte verhindern. Die Förderschulen pauschal zu kritisieren, sei unfair. Sie räumt ein, die Kölner Zahlen ließen nicht den Schluss zu, dass hier Eltern eine echte Wahlmöglichkeit hätten. So gibt es in Köln über 5100 Plätze für behinderte Kinder an Förderschulen, aber nur 454 an normalen Grundschulen. Noch magerer ist mit 218 Plätzen das Angebot an weiterführenden Schulen. „Wir haben Nachholbedarf und brauchen mehr Plätze für gemeinsamen Unterricht“, sagt Klein. Es sei gut, dass die Diskussion jetzt eröffnet werde.

Kommentar

www.eine-schule-fuer-alle.info

In der Regel in die Regelschule

Entscheidend bei der Schulwahl ist das Wohl des Kindes, nicht das Platzangebot der Schulen. Das Verwaltungsgericht hat nichts Überraschendes entschieden, liegt es doch auf einer Linie mit Urteilen höherer Instanzen. Der reguläre Förderort für Behinderte soll die Regelschule sein, die Förderschule die Ausnahme. Die Praxis sieht anders aus: Kinder werden in Sonderschulen gedrängt, weil die Platzzahlen für einen gemeinsamen Unterricht nicht ausreichen. Schon eine



Helmut Frangenberg zum Recht auf die Wahl der Schule

leichte Körperbehinderung kann ausreichen, um Kindergartenfreunde zu trennen. Grundschulen können sich schon im ersten Schuljahr von Kindern trennen, die sie als „lernbehindert“ einstufen. Schon Sechsjährige werden mit der Berufsperspektive „Behindertenwerkstatt“ aussortiert.

Es mag sein, dass es Schwerstbehinderte gibt, die die intensive Betreuung einer Förderschule weiterhin brauchen. Doch die meisten behinderten Kinder könnten auch in „normalen“ Schulen lernen, wenn diese das dafür nötige Personal bekommen und entsprechend ausgestattet werden. Das Geld dafür ist da, wie die Leistungsschau des Landschaftsverbandes beweist. Millionen summen fließen in den Neubau und die Erweiterung von Förderschulen. Wenn sich die Stadt weiter schulpolitisch profilieren will, muss sie damit beginnen, hier umzusteuern.